

Ein Wort vorweg

Liebe Leserinnen,
liebe Leser,

Wenn die Bürgerinnen und Bürger am 22. September 2013 die Abgeordneten des Deutschen Bundestages wählen, entscheiden sie darüber, ob Angela Merkel an der Spitze einer unionsgeführten Bundesregierung ihre erfolgreiche Arbeit als Bundeskanzlerin zum Wohle unseres Landes fortsetzen kann. Vor allem entscheiden sie aber darüber, wie es politisch mit unserem Land weitergeht – und damit auch über ihre ganz persönliche Zukunft.

Ihr
Rainer Hajek

**Landesvorsitzender
Senioren-Union
Niedersachsen**

Senioren
Union **CDU**

Impressum

Herausgeber:

Senioren-Union
der CDU in Niedersachsen
Wilfried-Hasselmann-Haus
Hindenburgstraße 30
30175 Hannover
Telefon 0511-27991-53
Telefax 0511-27991-50

Druck und Layout:

Druckerei Oskar Berg
Inh. Christian Berg e.K.
Lange Straße 10
26345 Bockhorn
Telefon 04453-98200
www.druckerei-berg.de

SENIOREN-UNION CDU LANGENHAGEN IN MAGDEBURG

Ingenieurtechnik, Politik, Kultur und Baukunst in der Otto-Stadt

Die Mitglieder und Gäste der Senioren-Union der CDU Langenhagen besuchten Mitte Juni in diesem Jahr die Landeshauptstadt Magdeburg in unserem Nachbarbundesland Sachsen-Anhalt.

Bei hochsommerlichem Wetter führte die Reise zunächst zum Wasserstraßenkreuz Magdeburg mit den Schleusenanlagen und der Trogbücke zur Überführung des Mittellandkanals über die Elbe. Mit fachkundiger Führung wurde das alte Schiffshebewerk Rothensee mit der 83 Meter langen Schleusenanlage, die derzeit restauriert wird, besichtigt, gefolgt von der neuen 2003 fertiggestellten Sparschleuse Rothensee mit 190 Meter Länge. Vom Aussichtsturm des Schleusenbauwerks war der Blick frei auf die gesamten alten und neuen Anlagen des Wasserstraßenkreuzes entlang des Rothensees Verbindungskanals und der Trogbücke über die Elbe bis hinüber nach Magdeburg und auf die noch überfluteten Wiesen und Felder sowie die noch vorhandenen Maßnahmen zur Deichsicherung.

Auf der Rückfahrt zur Innenstadt durch den Ortsteil Rothensee mit der dort angesiedelten Industriezone berichtete der Stadtführer über das Ausmaß der Flutkatastrophe in diesem Bereich.



Von links: Eckhard Keese, Rüdiger Walter, Otto-Erhard Schultz, Innenminister Holger Stahlknecht, Paul Uwe Söker, Staatssekretär a.D.

Der politische Höhepunkt der Reise war der einstündige Empfang im Ministerium für Inneres und Sport bei dem aus Hannover stammenden Minister Holger Stahlknecht (48), der über die Schutzmaßnahmen im Land Sachsen-Anhalt während des Elbe-Hochwassers und aktuell über die Versenkung der Lastkähne (Schuten) im Bereich des Deichbruches nördlich von Magdeburg berichtete. Die anschließende Diskussion beinhaltete u.a. Themen zum Föderalismus und zur Europapolitik und deren Auswirkungen auf die Länder.

Die Mitglieder und Gäste der Senioren-Union hatten spontan während der Busfahrt einen guten dreistelligen Geldbetrag als Spende für die Flutopfer gesammelt und der Vorsitzende Eckhard Keese übergab diese mit

einem Begleitbrief dem Innenminister zur weiteren Verfügung. Er stellte dabei auch klar, dass der Besuch lange vorbereitet wurde, der Kulturstadt Magdeburg gewidmet sei und kein „Wassertourismus“ ist.

Nach dem Mittagessen in der Kantine des Ministeriums erfolgte eine umfangreiche Stadtrundfahrt mit Besichtigungen des Magdeburger Doms, des Marktplatzes und anderer Sehenswürdigkeiten. Das Reiseprogramm endete an der sog. „Grünen Zitadelle“, einem Bauwerk des Architekten Hundertwasser mit den markanten runden Ecken, fantasievollen Säulen, schiefen Ebenen und leuchtend bunten Materialien, in dem neben Geschäften, Restaurants, Büros und Wohnungen auch ein Kindergarten untergebracht ist.

GEMEINSAM SIND WIR ERFOLGREICH FÜR DEUTSCHLAND UND NIEDERSACHSEN

Der Landesvorsitzende der CDU in Niedersachsen, David McAllister, begrüßt das Regierungsprogramm von CDU und CSU: Die Parteivorstände von CDU und CSU haben einstimmig ihr Regierungsprogramm für Deutschland für die Jahre 2013 bis 2017 beschlossen. Das gemeinsame Programm ist das Ergebnis eines langen und intensiven Diskussionsprozesses. Wir haben uns in Niedersachsen daran aktiv beteiligt. Die zugrunde liegenden Thesen wurden von der CDU in Niedersachsen auf Kongressen und Veranstaltungen mit der Partei, Verbänden und interessierten Bürgern intensiv erör-

tert. Das Ergebnis der Beratungen kann sich sehen lassen: Das Programm wird die Menschen von der Politik von CDU und CSU für alle Bürger überzeugen und entscheidend zum Wahlerfolg am 22. September beitragen.

Das Regierungsprogramm der Union enthält auch wichtige Punkte für Niedersachsen. Darüber freue ich mich, weil es zeigt, wie wichtig unser Land in den letzten Jahren für den Erfolg von ganz Deutschland geworden ist. Das ist auch das Ergebnis von zehn guten Jahren Politik der CDU in und für Niedersachsen.



David McAllister MdB

ERSATZLOSE STREICHUNG DER RENTENKÜRZUNGSFAKTOREN GEFORDERT

Vorsitzender Hajek: „Renten müssen parallel zu Löhnen und Gehältern steigen.“

Anlässlich der am 17.04.2013 im Bundeskabinett verabschiedeten Rentenerhöhung zum 1. Juli um 3,29 Prozent im Osten und 0,25 Prozent im Westen erklärte Rainer Hajek, Vorsitzender der Senioren-Union der CDU in Niedersachsen: „Für die etwa 16 Millionen Rentnerinnen und Rentner im Westen ist das Mini-Rentenplus eine herbe Enttäuschung. Angesichts der steigenden Preise, beispielsweise beim Strom, bei der Miete oder bei den Zuzahlungen im Gesundheitswesen, werden die Rentner einen weiteren Kaufkraftverlust

ihrer Altersbezüge hinnehmen müssen. Das ist für die Betroffenen besonders hart.“

Hajek warnte jedoch mit Blick auf die Rentenanpassung von 3,29 Prozent in den neuen Bundesländern davor, Ost und West gegeneinander auszuspielen: „Das Problem ist nicht, dass Rentner im Osten zu viel Erhöhung bekommen haben. Das Problem ist, dass Rentner im Westen viel zu wenig bekommen haben.“ Die errechneten Erhöhungen sind zwar formal korrekt, so Hajek weiter, „doch sie sind ein schlagkräftiger Beweis dafür, dass die gesamte Rentenformel auf den Prüfstand muss“.

Hajek weiter: „Die Rentner hätten deutlich mehr Geld in der Tasche, wenn Riester-, Nachhol- und Nachhaltigkeitsfaktor entfallen und die Renten wieder exakt der Lohnentwicklung in Ost und West folgen würden. Denn die Rente darf nicht von der allgemeinen Lohnentwicklung abgekoppelt werden.“ Die Senioren-Union Niedersachsen fordert deshalb die ersatzlose Streichung der Kürzungsfaktoren bei der Rentenanpassung und die Rückkehr zur dynamischen Rente, wonach die Rentenerhöhung uneingeschränkt der Lohn- und Gehaltsentwicklung folgt.

Der Vorsitzende forderte außerdem, das gesetzliche Rentenni-

veau bei 50 Prozent einzufrieren und die Absenkung des Rentenniveaus von derzeit 51 Prozent auf 43 Prozent bis zum Jahr 2030 zu stoppen: „Bei 50 Prozent des durchschnittlichen Nettolohns muss Schluss sein“. Dies sei dringend notwendig, um das Altersarmutsproblem nicht weiter zu verschärfen.

„Angesichts einer Preissteigerungsrate von derzeit 1,5 Prozent verlieren die Rentnerinnen und Rentner im Westen weiter an Kaufkraft. Das ist für die Betroffenen schwer hinnehmbar“, so Hajek. Seit 2000 sei die Kaufkraft im Osten um knapp 22 Prozent und im Westen um rund 17 Prozent gesunken.

VORSTAND DER LANDES- SENIOREN-UNION IM BOCKHORNER RATHAUS



Bild: Kai Hippen

Rainer Hajek (rechts) und der Vorstand der Landes-Senioren-Union wurden im Bockhorner Rathaus empfangen.

Der Vorstand der Senioren-Union der CDU in Niedersachsen mit Vertretern aus dem ganzen Land war jetzt zwei Tage lang in Bockhorn zu Gast. Der Vorsitzende Rainer Hajek kommt aus Grabstede, für ihn war es natürlich eine besondere Freude,

seine Kollegen in seiner Heimat begrüßen zu können. Gast der Tagung war auch die Landtags-abgeordnete Annette Schwarz, die aus Delmenhorst angereist war. Am ersten Tag wurde der Marinestützpunkt in Wilhelmshaven besichtigt. Hajek: „Da zeigt die Bundeswehrreform sehr positive Ergebnisse.“ Hauptthema der Beratungen im neuen Tagungssaal des Hotels „Friesische Wehde“ in Bockhorn

war die Entwicklung der Renten, über die die Mitglieder debattierten. Rainer Hajek: „Die macht uns Sorgen. Nach 40 Jahren brauchen wir endlich gute Lösungen, um die Renten für unsere Kinder und Enkel zukunftssicher zu machen.“ Weitere Belastungen für Senioren gebe es auch durch zu hohe Mieten und die steigenden Energiekosten.

Am Freitag stand ein Empfang im Bockhorner Rathaus auf dem Programm. Die Vorstandsmitglieder trugen sich ins goldene Buch der Gemeinde ein. Mit Bürgermeister Andreas Meinen diskutierten die Gäste sehr fachkundig über die gemeinde-eigene Windkraftanlage, die von der Ökostrom GmbH betrieben wird.

SPD UND GRÜNE MOBBERN NIEDERSÄCHSISCHE LEHRER

Scharfe Kritik üben CDU-Generalsekretär Ulf Thiele und der schulpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion Kai Seefried an beleidigender Pauschal-kritik gegen die niedersäch-sische Lehrerschaft durch die Fraktionsspitzen von SPD und Grünen.

Die SPD-Fraktionsvorsitzende Modder hatte in einer gemeinsamen bildungspolitischen Diskussion mit der grünen Vize-Fraktionsvorsitzenden Janssen-Kucz erklärt, es sei „oft erschreckend, wer da vor einer Klasse steht“ und Janssen-Kucz hatte den Lehrer unterstellt, dass Veränderun-

gen in den Schulen vor allem an der Lehrerschaft scheitern. „Nicht einmal zehn Prozent von ihnen wollen Veränderungen“, so Janssen-Kucz.

„Das grenzt an Mobbing gegen die gesamte Lehrerschaft“, kommentiert Ulf Thiele die Aussagen der rot-grünen Fraktionsspitzen. Vor dem Hintergrund der Einführung der Inklusion und flächen-deckender Ganztagsangebote sowie der Oberschule und diverser weiterer aktueller Bildungsprojekte trügen die Lehrkräfte hohe Belastungen und viel Verantwortung.



Foto: © Lightpoet | Dreamstime.com

„Wer gute Bildung einfordere, dürfe nicht zugleich das Ansehen eines ganzen Berufsstandes Schritt für Schritt ramponieren“, sagte CDU-Schulexperte Kai Seefried. Die CDU-Landtagsfraktion bereitet ein parlamentarisches Nachspiel zu den Entgleisungen von Modder und Janssen-Kucz vor.

KURZNOTIERT

Grindel: Türkei ist nicht aufnahmefähig

Weder die Beitrittsfähigkeit der Türkei zur Europäischen Union sei aktuell gegeben, noch sei die EU auf lange Sicht für ein solches Projekt aufnahmefähig. So bewertet der CDU-Bundestags-abgeordnete und Landesvorstandsmitglied Reinhard Grindel in einem Gastbeitrag in der Braunschweiger Zeitung den Stand der Beitrittsverhandlungen. Das Konzept der CDU für eine privilegierte Partnerschaft sei hingegen ehrlich und realistisch.

Die Opposition will abkassieren

Je näher die Bundestagswahl rückt, desto mehr zeigt die Opposition den Bürgern ihr wahres Gesicht. Je klarer die Steuerpläne von SPD und Grünen werden, desto deutlicher wird auch, dass sie nicht nur die Reichen, sondern auch die Mittelschicht empfindlich treffen würden.

Doch dies wäre Gift für unsere Wirtschaft: Die stabile Konjunktur und die gute Situation am Arbeitsmarkt würden ohne Not gefährdet.

Volker Kauder
Vorsitzender der CDU/CSU-
Bundestagsfraktion

Lesen Sie mehr:

<http://www.union-magazin.de/um/0113/mag.html?p=9>

Das kann sich sehen lassen: unsere Bilanz 2013

CDU



42 Mio. Erwerbstätige

Rekordbeschäftigung! In Deutschland haben so viele Menschen einen Arbeitsplatz wie noch nie.

Auf dem Weg zu 0 € neuen Schulden

Wir haben die Schuldenbremse im Grundgesetz verankert. Die damit gesteckten Ziele haben wir vier Jahre früher erreicht als vorgeschrieben. Ab 2015 will Deutschland keine neuen Schulden machen und beginnen die alten Schulden zurückzuzahlen.



Nr. 1 in Europa

Deutschland hat die geringste Jugendarbeitslosigkeit in der EU.



8 % Wachstum

Seit Ende 2009 ist die deutsche Wirtschaft deutlich gewachsen.



3/5 aller Exporte in die EU

Fast 60 % der Warenexporte aus Deutschland gehen in die Länder der EU. 2012 exportierte Deutschland insgesamt Waren in Höhe von 1,1 Billionen €. Mit Dienstleistungen zusammen waren es sogar 1,4 Billionen €.

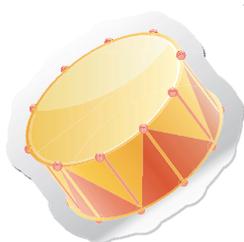


54,7 % Studienanfänger

Mehr als die Hälfte aller Schulabgänger begannen 2012 ein Studium. Unter Rot-Grün waren es 2004 nur rund ein Drittel.

3,7 % mehr Geld in der Tasche

Seit Anfang 2009 steigen die Löhne und Gehälter jedes Jahr stärker als die Inflationsrate.



150 % mehr Krippenplätze

Alle Kleinkinder unter 3 Jahren können ab August 2013 einen Krippenplatz bekommen. Das Angebot stieg damit seit 2007 um 150 %.



13,7 Mrd. € mehr für unsere Zukunft

Soviel wurde von 2010 bis 2013 zusätzlich in Bildung, Forschung und Entwicklung investiert.

81 % wollen mehr Sicherheit

Die meisten Deutschen befürworten eine Ausweitung der Video-Überwachung an gefährlichen Orten. Wir auch. Deshalb haben wir schon im Haushalt 2013 mehr Geld zur Ausweitung der Video-Überwachung bereitgestellt.



1,8 Mrd. € Überschuss

2012 waren die Einnahmen der Landkreise, Städte und Gemeinden 1,8 Milliarden € höher als die Ausgaben. Unter Rot-Grün gab es dagegen ein Dauerminus.



Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Bundesministerium für Bildung und Forschung, Bundesministerium der Finanzen, Bundesministerium für Wirtschaft, Deutscher Bundestag, Eurostat, IAB, Infratest dimap, Statistisches Bundesamt, IW Köln